

Montag, 15. März 2021

Nachfolgend die halbmonatliche **Medienübersicht und Legislativvorschau** des Verbandes der öffentlichen Wirtschaft und Gemeinwirtschaft Österreichs (VÖWG) mit aktuellen Nachrichten aus europäischer Politik und Gesetzgebung. In dieser Ausgabe werden folgende Themenbereiche behandelt:

[Wirtschaft, Finanzen und Binnenmarkt](#)

[Soziales, Bildung und Beschäftigung](#)

[Gesundheit](#)

[Medien und Kommunikation](#)

[Energie](#)

[Umwelt und Verkehr](#)

Ebenso finden sie hier die neuesten **News aus unseren Dachverbänden**:

[Internationale Dachverbände des VÖWG](#)

Diese und die folgenden Ausgaben sind mit der **Legislativvorschau** des Verbandes der öffentlichen Wirtschaft und Gemeinwirtschaft Österreichs (VÖWG) ergänzend!

**Viel Spaß bei der Lektüre!**

## Die Schlagzeile der Woche

### **Verschmutztes Wasser? Kommission geht gegen Slowenien vor!**

Ende Februar beschloss die Europäische Kommission Slowenien vor dem Gerichtshof der Europäischen Union wegen Nichteinhaltung der Richtlinie über die Behandlung von kommunalem Abwasser ([Richtlinie 91/271/EWG](#)) zu verklagen. Gemäß der Richtlinie müssen die Mitgliedstaaten dafür Sorge tragen, dass das Abwasser in urbanen Gemeinden (Klein- und Großstädten und Siedlungen) ordnungsgemäß gesammelt und behandelt wird, um unerwünschte Auswirkungen zu verhindern oder zu reduzieren.

[Vier Gemeinden mit über 10 000 Einwohnern \(Ljubljana, Trbovlje, Kočevje und Loka\) erfüllen die Anforderungen nicht](#), da das kommunale Abwasser, das in die Kanalisation gelangt, vor seiner Einleitung in Gewässer nicht ausreichend behandelt wird.

Die Sammlung und Behandlung von Abwasser in den Klein- und Großstädten Europas hat sich insgesamt verbessert, jedoch in unterschiedlichem Maße in den einzelnen Mitgliedstaaten. Das geht aus dem [10. Bericht über die Umsetzung der Richtlinie über die Behandlung von kommunalem Abwasser](#) hervor, den die Kommission im September 2020 veröffentlicht hat.

Montag, 15. März 2021

### **Vorlage für COVID-19 Präventionskonzept!**

Das sind Vorlagen und Informationen zu verpflichtendem COVID-19 Präventionskonzept für Betriebsstätten mit mehr als 51 Arbeitnehmer\*innen. Mit der [4. Novelle zur 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung](#) sind mit 1. April 2021 Präventionskonzepte in Betriebsstätten mit mehr als 51 Arbeitnehmer\*innen verpflichtend. Hierzu dürfen wir Ihnen einen Leitfaden sowie weitere wichtige Hilfestellungen im Zusammenhang mit der korrekten Erstellung eines Präventionskonzeptes der Firma [DIE KRISENPLANER GmbH](#) zum [Download](#) zur Verfügung stellen.

Nach Rücksprache mit dem zuständigen Ministerium ist unter einer Betriebsstätte jede Anlage oder Einrichtung zu verstehen, die der Ausübung eines Betriebes dient. Die Anzahl der MitarbeiterInnen richtet sich hierbei nach der oben definierten **Betriebsstätte**. Somit werden für den Grenzwert nur die dort tätigen MitarbeiterInnen herangezogen. Die Anzahl der im gesamten Unternehmen tätigen MitarbeiterInnen ist hingegen nicht ausschlaggebend. Im Hinblick auf die Personengrenze ist auf die konkrete örtliche Anlage oder Einrichtung abzustellen. Das Präventionskonzept muss **dem Stand der Wissenschaft** entsprechen. Dies bedeutet, dass das Konzept anhand jener wissenschaftlichen Erkenntnisse zu erstellen ist, die gültig, beweisbar und überprüfbar sind. Weiters soll die **Risikoanalyse** darbringen, welches Potenzial zur Verbreitung von COVID-19 die jeweilige Betriebsstätte bietet. Für die **Kontrolle** des COVID-19 Präventionskonzeptes in den Betrieben sind die lokalen Gesundheitsbehörden (Gesundheitsämter der Bezirksverwaltungsbehörden bzw. Statutarstädte) zuständig. Diese werden durch die örtliche Polizei unterstützt.

Montag, 15. März 2021

## Internationale Dachverbände des VÖWG

### Treffen der Energie-Taskforce!

Am 4. März trafen sich Elmar Thyen, Vorsitzender der Energie-Task Force (SGI), und Alain Taccoen, stellvertretender Vorsitzender, mit Frau Laure Chapuis und Herrn Thor-Sten Vertmann, Mitglieder des Kabinetts von EU-Kommissar Simson (zuständig für Energie), um die Position von SGI Europe zur [Energieeffizienz-Richtlinie \(EED\)](#) und [der Erneuerbare-Energien-Richtlinie II \(RED\)](#) zu diskutieren.

Während dieses Treffens hat [SGI Europe](#) insbesondere ihren Ansatz für einen stärker klimateffizienzorientierten Ansatz für beide Richtlinien hervorgehoben. Als sektorübergreifender europäischer Verband deckt SGI Europe die Meinung und das technische Fachwissen aus mehreren Sektoren ab, wie z.B. Energie, Gebäude, Verkehr, Wasser und Abfallwirtschaft. SGI Europe unterstreicht, dass die Überarbeitung der EED und der RED Hand in Hand mit den neuen Klimazielen von 55% Treibhausgasreduktion bis 2030 gehen muss. Damit der EU Green Deal bei der Dekarbonisierung der EU-Wirtschaft erfolgreich sein kann, muss die Kommission gleichzeitig Klarheit und Konsistenz in ihrem Pfad zur Klimaneutralität 2050 sicherstellen.

### Seminar am 31. März - Projekt 'Skills, Innovation and Training!'

Am 31. März veranstalten die EU-Sozialpartner ([SGI Europe](#), ETUC, BusinessEurope und SMEUnited) [ein gemeinsames Seminar](#) zu Innovation, Fähigkeiten, Bereitstellung von und Zugang zu Ausbildung. Das Treffen wird sich auf das Thema des Projekts "Game changing technologies and innovative approaches to the identification of new skills" konzentrieren.

Dieses bevorstehende Seminar ist das zweite von drei thematischen Seminaren, die im Rahmen der Projektaktivitäten mit dem Ziel organisiert werden, einen gemeinsamen Bericht und politische Empfehlungen zu erstellen. Ziel des Seminars ist es, die sich verändernde Natur der Arbeit und innovative Ansätze zur Antizipation und Vorhersage von Qualifikationen zu diskutieren, die Auswirkungen der technologischen Entwicklungen und der Digitalisierung auf Qualifikationen und Innovation zu untersuchen und die Ansätze für eine rechtzeitige und effektive Aktualisierung von Berufsprofilen und Ausbildungscurricula zu analysieren.

## Wirtschaft, Finanzen und Binnenmarkt

### Auf dem Weg zu einer WTO-kompatiblen EU?!

Am 4. und 5. Februar verabschiedete der [ENVI-Ausschuss im Parlament der Europäischen Union](#) einen eigenen Initiativbericht mit dem Titel "*Towards a WTO-compatible EU carbon border adjustment mechanism*" (Auf dem Weg zu einem WTO-kompatiblen EU-Kohlenstoffgrenzausgleichsmechanismus), der sich mit der Schaffung eines Kohlenstoffgrenzausgleichsmechanismus (CBAM) befasst, wie er von der Europäischen Kommission in ihrer Mitteilung zum Europäischen Green Deal vorgeschlagen wurde.

Dieser neue Mechanismus würde einen **Kohlenstoffpreis auf Importe bestimmter Waren von außerhalb der EU** erheben, um das Risiko einer "Kohlenstoffverlagerung" zu verringern. Der Bericht fordert die Einführung einer CBAM als Teil einer breiteren Industriestrategie der Union, die alle Importe von Produkten und Waren, die unter das EU-EHS fallen, abdecken sollte, auch wenn sie in Zwischen- oder Endprodukte eingebettet sind. Außerdem werden Fragen im Zusammenhang mit der Gestaltung und dem Anwendungsbereich einer [CBAM](#) angesprochen.

Montag, 15. März 2021

### **Bessere Zusammenarbeit nationaler Finanzbehörden bei Online-Handel-Besteuerung**

Die Abgeordneten des Parlaments der Europäischen Union fordern Nachbesserungen an einen Gesetzesentwurf zur besseren [Nachverfolgung und Besteuerung von Online-Verkäufen](#).

Die vom deutschen Berichterstatter [Sven Giegold](#) (GRÜNE/EFA) betreuten Änderungsvorschläge zu einem Gesetzentwurf der EU-Kommission sollen digitale Plattformen verpflichten, anzugeben wie viel die Verkäufer von Waren und Dienstleistungen auf ihren Webseiten jeweils verdienen. Die Finanzbehörden der EU-Staaten sollten diese Informationen dann verpflichtend miteinander teilen.

Online-Plattformen aus Nicht-EU-Staaten sollen verpflichtet werden, sich in einem Mitgliedstaat zu registrieren und dort ihre Aktivitäten zu melden. Plattformen sollen jedoch EU-weit einheitlich für Meldeverstöße bestraft werden.

Eine Steuerbehörde, die um Informationen über ein Unternehmen gebeten wurde, soll nicht mehr innerhalb von sechs, sondern von drei Monaten antworten müssen.

Ab dem 1. Januar 2022 sollten nationale Behörden keine neuen bilateralen oder multilateralen Vorabverständigungen über die Verrechnungspreisgestaltung mit Drittstaaten vereinbaren, die nicht gegenüber [den Steuerbehörden der anderen Mitgliedsstaaten offengelegt werden dürfen](#).

### **Legislativvorschau - Wirtschaft**

#### **14. April 2021**

NextGenerationEU-Finanzierungsstrategie zur Finanzierung des Konjunkturprogramms für Europa

#### **21. April 2021**

Mitteilung über eine Taxonomie zur Minderung des Klimawandels und zur Anpassung an den Klimawandel

Überprüfung der Richtlinie zur nicht-finanziellen Berichterstattung

#### **27. April 2021**

Aktualisierung der neuen Industriestrategie für Europa

Mitteilung zur besseren Rechtsetzung

## Soziales, Bildung und Beschäftigung

### Frontkämpferinnen gegen die Pandemie!

Der Ausbruch der Coronavirus-Pandemie hat das [Geschlechtergefälle in der EU weiter verschärft](#). Die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Folgen könnten sich auch langfristig auf die Gleichstellung der Geschlechter auswirken. Es könnten weltweit weitere [47 Millionen Frauen und Mädchen](#) in die Armut abrutschen.

Mit der [Erklärung von Peking](#) wollten die Vereinten Nationen die Frauen auf der ganzen Welt stärken. Bis Frauen und Männer wirklich gleichbehandelt werden, ist jedoch noch viel zu tun. Dem Gleichstellungsindex 2020 des Europäischen Instituts für Gleichstellungsfragen (EIGE) zufolge erreicht die EU bei der [Gleichstellung der Geschlechter einen Wert von 67,9 %](#) (auf der Grundlage von Daten aus dem Jahr 2018). Vollständige Gleichstellung dürfte damit noch [mindestens 60 Jahre](#) auf sich warten lassen.

Von den 49 Millionen Pflegekräften in der EU, deren Infektionsrisiko besonders hoch ist, sind [etwa 76% Frauen](#). Von den Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie sind außerdem [traditionell „weibliche“ Tätigkeitsbereiche](#) betroffen – etwa Kinderbetreuung, Sekretariatsarbeit und Haushaltshilfe. Mehr als 30% der Frauen in der EU sind [teilzeitbeschäftigt](#). Sie arbeiten auch oft in der informellen Wirtschaft, was mit weniger Arbeitnehmerrechten, Gesundheitsschutz und anderen grundlegenden Leistungen einhergeht.

## An vorderster Front tätige Personen:

### Pflege und Verkauf in der EU

**76 %**  
der 49 Millionen  
Pflegekräfte sind  
**Frauen**



#### Frauenanteil:

**95 %** der Reinigungskräfte und Hilfen im Haushalt



**93 %** der in der Kinderbetreuung tätigen Personen und Hilfslehrkräfte



**86 %** des Pflegepersonals im Gesundheitswesen



**82%** des Kassenpersonals



Montag, 15. März 2021

### Beschäftigung im Gesundheitswesen (2019– %)



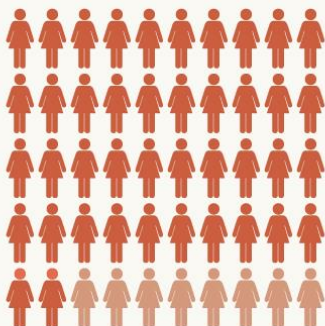
Quellen:  
EPRS (2020), EIGE (2019)



## Frauen und Männer

in prekären Beschäftigungsverhältnissen in der EU:

### Höheres Arbeitslosigkeitsrisiko 2020



**84%**

der erwerbstätigen Frauen im Alter von 15 bis 64 Jahren arbeiten in der Dienstleistungsbranche – unter anderem in den Bereichen, die besonders stark unter der Coronavirus-Pandemie leiden.



Kinderbetreuung

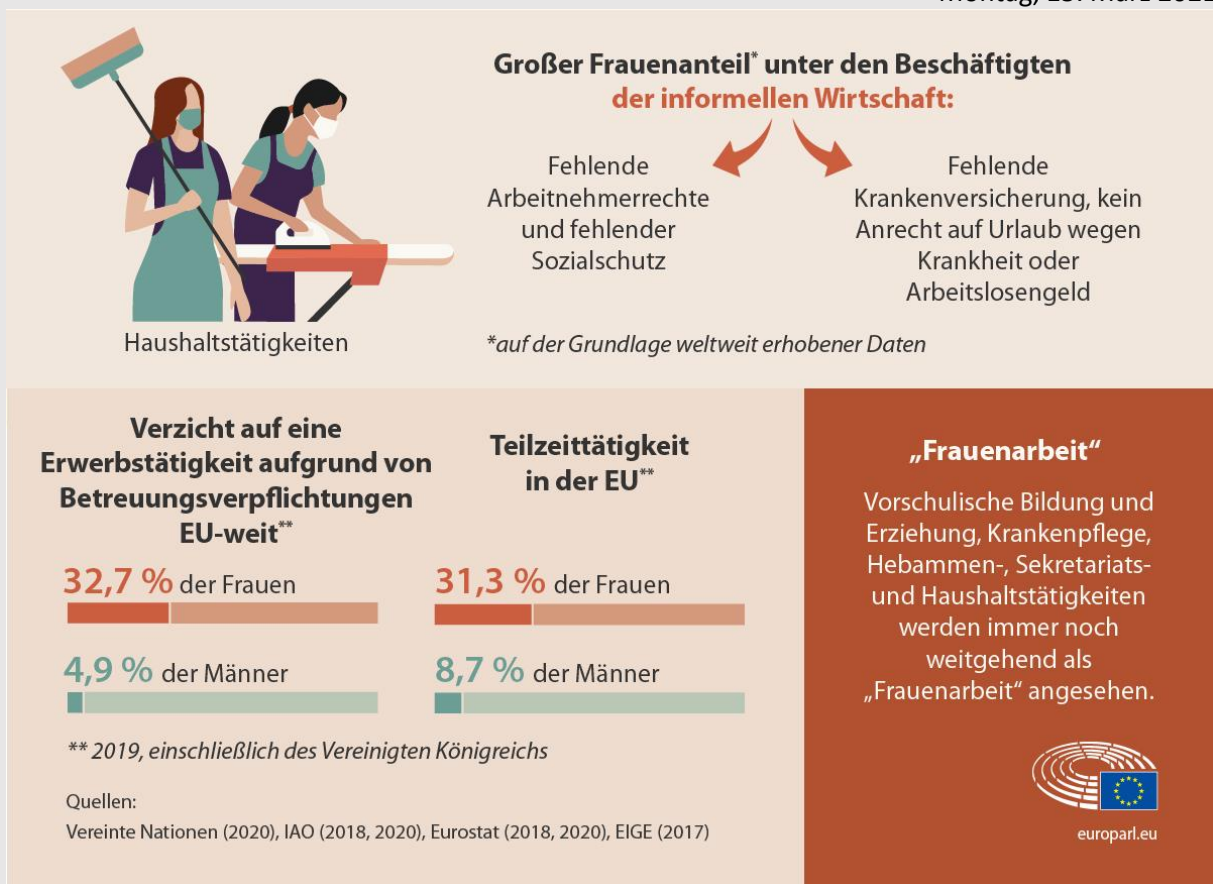


Einzelhandel



Gastgewerbe  
und Tourismus

Montag, 15. März 2021



## Legislativvorschau – Soziales

### 24. März 2021

EU-Strategie für die Rechte des Kindes  
Europäische Kindergarantie (Empfehlung)

### 14. April 2021

Mitteilung über eine neue EU-Strategie zur Beseitigung des Menschenhandels

### 21. April 2021

Mitteilung über den globalen Ansatz für Forschung, Innovation, Bildung und Jugend (Titel noch nicht festgelegt)

Montag, 15. März 2021

### Gesundheit

#### Zuteilung von Impfstoffdosen im Rahmen der Advance Purchase Agreements!

Die [Zuteilung von Impfstoffdosen](#) im Rahmen der Vorabkaufvereinbarungen erfolgte nach einem „transparenten“ Verfahren.

Die Kommission der Europäischen Union stimmt mit den jüngsten Erklärungen mehrerer Mitgliedstaaten überein, dass die gerechteste Lösung für die Zuteilung von Impfstoffdosen auf der Grundlage eines Anteils an der Bevölkerung jedes Mitgliedstaates besteht.

Die Mitgliedstaaten haben beschlossen, [vom Vorschlag der Kommission abzuweichen](#), indem sie eine Flexibilität hinzufügen, die es erlaubt, eine andere Verteilung der Dosen zu vereinbaren, wobei die epidemiologische Situation und der Impfbedarf jedes Landes berücksichtigt werden. Nach diesem System werden, wenn ein Mitgliedstaat beschließt, seine anteilige Zuteilung nicht in Anspruch zu nehmen, die Dosen auf die anderen interessierten Mitgliedstaaten umverteilt.

Die Mitgliedstaaten haben dieses System genutzt, um die von der Kommission der Europäischen Union vorgeschlagene anteilige Zuteilung im Rahmen aller 6 Vorabkaufvereinbarungen zu ändern. Es wäre Sache der Mitgliedstaaten, eine Einigung zu finden, wenn sie zur Pro-Rata-Basis zurückkehren wollen.

### Legislativvorschau – Gesundheit

#### 17. März 2021

Mitteilung zu COVID-19

Digitales grünes Zertifikat

### Umwelt und Verkehr

#### Unternehmen sollten ihrer Sorgfaltspflicht nachkommen!

Die [legislative EntschlieÙung](#) des Parlaments der Europäischen Union fordert die dringende Annahme eines verbindlichen [EU-Gesetzes](#), mit dem [Unternehmen zur Rechenschaft gezogen](#) und haftbar gemacht werden können, wenn sie Menschenrechte, Umweltstandards und gute Unternehmensführung verletzen oder dazu beitragen. Der Zugang zu Rechtsmitteln für Geschädigte soll über die Regelung zur Sorgfaltspflicht für Lieferketten garantiert werden.

Die Abgeordneten betonen, dass die Sorgfaltspflicht in erster Linie ein präventiver Mechanismus ist. „Die Unternehmen gehen in ihrer [Wertschöpfungskette mit einer Sorgfalt](#) vor, die der Wahrscheinlichkeit und Schwere ihrer potenziellen oder tatsächlichen nachteiligen Auswirkungen und ihrer spezifischen Umstände, insbesondere ihrer Branche, der Größe und Länge ihrer Wertschöpfungskette, der Größe des Unternehmens, seiner Kapazität, seinen Ressourcen und seiner Hebelwirkung angemessen und verhältnismäßig ist“



Montag, 15. März 2021

### **Vereinbarung über die Connecting Europe Facility!**

Die Einigung über den [Vorschlag für die Fazilität "Connecting Europe" \(CEF\)](#) in Höhe von 33,7 Mrd. EUR als Teil des nächsten langfristigen EU-Haushalts 2021-2027 zwischen dem Parlament und dem Rat der Europäischen Union wird von der Kommission der Europäischen Union zu Kenntnis genommen.

Das Programm unterstützt Investitionen in die europäischen Verkehrs-, Energie- und digitalen Infrastrukturnetze. Es wird den doppelten grünen und digitalen Übergang unterstützen, indem es zu den ehrgeizigen Zielen für den [Europäischen Green Deal](#) und das [digitale Jahrzehnt](#) beiträgt.

Es wird die Ziele der Strategie für intelligente und nachhaltige Mobilität unterstützen, die den Grundstein dafür legt, wie das EU-Verkehrssystem seine grüne und digitale Transformation erreichen und widerstandsfähiger gegen zukünftige Krisen werden kann. Es wird auch umweltfreundlichen Verkehrsträgern wie der Bahn und der Entwicklung von Ladestationen für Fahrzeuge mit alternativen Kraftstoffen Vorrang geben.

Der digitale Teil des [Programms der Fazilität "Connecting Europe"](#) wird dazu beitragen, innovative, sichere und nachhaltige grenzüberschreitende digitale Infrastrukturen zu entwickeln.

## Legislativvorschau - Umwelt und Verkehr

### **24. März 2021**

Aktionsplan für die Entwicklung des ökologischen Landbaus: auf dem Weg ins Jahr 2030

## Medien und Kommunikation

### **Cyberangriffe gegen Krankenhäuser und Impfstoffhersteller!**

Krankenhäuser, Ärzte, Pharmafirmen und öffentliche Einrichtungen, die die Verteilung der Corona-Impfung koordinieren: All diese Betriebe sind seit Beginn der Corona-Krise verstärkt ins Visier von Betrügern, Erpressern und Cyberkriminellen geraten. Das zeigt der am Mittwoch vorgelegte X-Force Sicherheitsbericht „[Threat Intelligence Index](#)“ von IBM.

Erst vergangene Woche mussten in [Frankreich Notfall-Patienten verlegt](#) und ein Covid-19-Impfzentrum geschlossen werden, weil mehrere Spitäler Opfer eines Angriffs mit Ransomware geworden sind. So heißen die Erpressungstrojaner, bei denen Schadprogramme den Zugriff zu Daten und Computersystemen einschränken, um im Anschluss daran Lösegeld zu erpressen. Doch auch Pharma-Konzerne und Behörden blieben nicht verschont: Sowohl Pfizer und Biontech als auch die Europäische Arzneimittelbehörde (EMA) haben im Dezember 2020 bekannt gegeben, dass bei ihnen Daten abgegriffen worden seien. Dabei ging es um Dokumente, die die Impfstoffzulassung betreffen.

„Die uns vorliegenden Daten zeigen für Österreich keinen Anstieg von Cyberangriffen im Gesundheitsbereich“; berichtet Otmar Lendl von [Computer Emergency Response Team Austria](#).

## Legislativvorschau – Medien

### 21. April 2021

Follow-up zum White Paper über künstliche Intelligenz

Eine vertrauenswürdige und sichere europäische e-ID

Mitteilung zu den Forschungs- und Innovationsmissionen von Horizont Europa (tbc)

## Energie

### Neue EU-Energielabels ab 1. März 2021

Seit Montag, dem 1. März 2021 gilt in allen Geschäften und Online-Verkaufsstellen eine [brandneue Version](#) des weithin anerkannten EU-Energielabels, das den Verbraucherinnen und Verbrauchern in der EU dabei helfen soll, ihre Energiekosten und ihren CO<sub>2</sub>-Fußabdruck zu verringern. Die neuen Labels kommen zunächst [für vier Produktkategorien zur Anwendung](#): Kühlschränke und Gefriergeräte, Geschirrspüler, Waschmaschinen und Fernsehgeräte (sowie andere externe Bildschirme). Neue Labels für Leuchtmittel und Lampen mit fest eingebauten Lichtquellen werden am 1. September folgen, Labels für weitere Produkte in den kommenden Jahren.

## Legislativvorschau – Energie

*In dieser Ausgabe sind keine voraussichtlichen Tagesordnungspunkte aus dem Bereich Energie enthalten.*

---

#### IMPRESSUM:

Verband der öffentlichen Wirtschaft und Gemeinwirtschaft Österreichs  
Geschäftsführung: MMag. Heidrun Maier-de Kruijff

Stadiongasse 6-8, A-1010 Wien

Telefon: +43-1-4082204

E-Mail: [sekretariat@voewg.at](mailto:sekretariat@voewg.at)

Web: [www.voewg.at](http://www.voewg.at)